

Bericht über die Arbeit der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) 2009 – 2014

1. Stadträte, sachkundige Einwohner und Arbeitskreise

Der Stadtratsfraktion Halle (Saale) gehörten 2009 bis 2014 folgende Stadträte an: Robert Bonan, Dr. Karamba Diaby, Gertrud Ewert, Thomas Felke, Dr. Rüdiger Fikentscher, Hanna Haupt, Katharina Hintz, Klaus Hopfgarten, Gottfried Koehn, Johannes Krause, Dr. Detlef Wend.

Als sachkundige Einwohner berieten die Fraktion: Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung: Irmgard Lawnik 2009 bis 2013, Christian Weinert 2013 bis jetzt, Bildungsausschuss: Andreas Riemann, Rechnungsprüfungsausschuss: Bernd Voigtländer, Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss: Christian Weinert 2009 bis 2013, Eric Eigendorf 2013 bis jetzt, Sportausschuss: Christian Welter 2009 bis 2013, Andrej Stephan 2013 bis jetzt, Kulturausschuss: Dr. Günter Kraus, Ausschuss für Planungsangelegenheiten: Rainer Köhne, Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten: Dr. Justus Brockmann.

Die Fraktion hat zwei Arbeitskreise: Arbeitskreis Kultur (Leitung: Dr. Günter Kraus), Arbeitskreis Stadtentwicklung (Leitung: Eyk Hasselwander).

2. Fraktionsarbeit nach Themen

Die Beratung von Vorlagen der Verwaltung ist gemäß der Gemeindeordnung die wichtigste Aufgabe des Stadtrates und macht den Hauptteil der Arbeit der Stadträte aus. Der Großteil der Vorhaben unseres Kommunalwahlprogramms ist nicht durch einen Beschluss oder eine einzelne Maßnahme umzusetzen, sondern in ständiger Bearbeitung der damit zusammenhängenden Einzelbeschlüsse des Stadtrates.

Der Ertrag der Stadtratsarbeit bemisst sich demgemäß nicht so sehr in einzelnen eigenen Anträgen und durchgesetzten Beschlüssen als in der Summe der Veränderungen, die durch Beratungen und Beschlussfassungen im Stadtrat auf das Wirken von Stadträten der SPD-Fraktion zurückgehen. Auch Anfragen können im Ergebnis diese Wirkung haben, wenn sie Handlungsbedarf offenlegen und Ausgangspunkt von öffentlichen Debatten sowie von Handeln der Verwaltung oder Beschlüssen des Rates sind.

Der folgende Bericht gibt nicht alle Aktivitäten der SPD-Stadtratsfraktion wieder. Er beschränkt sich auf wichtige Themen und versucht in einem Bogen über die Sachgebiete, die Grundhaltung der Arbeit der Fraktion deutlich werden zu lassen.

Finanzen

Die Stadt befindet sich seit 2002 in einer gravierenden Haushaltsnotlage. Für diese sind zwei Entwicklungen bestimmend. Erstens: Die Ausgaben wuchsen schneller als die Steuereinnahmen der Stadt.

Während die allgemeinen Sachausgaben nominal weitgehend stabil blieben und die Personalkosten im Gleichklang mit den Einnahmen wuchsen, nahm die Belastung des Haushalts durch Ausgaben gesetzlich vorgeschriebener Leistungen – vor allem im Sozialbereich – schneller zu, als die Einnahmen wuchsen.

Zweitens: Die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich des Landes steigen – nachdem sie über Jahre gesunken waren – seit der Reform des Finanzausgleichs wieder leicht an, fangen aber die Ausgabensteigerungen nicht vollständig auf. Bis 2013 war auch bei sonstigen Landeszuweisungen eine negative Tendenz zu verzeichnen. So finanzierte das Land bis 2013 nur einen kleinen Teil der Ausgabesteigerungen bei der Kinderbetreuung mit. Hierfür ist mit dem neuen Kinderförderungsgesetz jetzt eine befriedigende Lösung gefunden worden, für die Landes- und Kommunalpolitiker auch aus Halle lange und ausdauernd gekämpft haben. Ähnlich ist die Lage bei der Theater- und Orchesterförderung. Hier finanziert das Land die Ausgabensteigerungen, die vor allem durch Tarifierhöhungen entstehen, bisher nicht mit. Eine Anteilige Landesfinanzierung hierfür steht aber nach der Umstrukturierung der TOO GmbH in Aussicht.

Die Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung haben in den vergangenen 12 Jahren zu Einsparungen von etwa 150 Mio. € im städtischen Haushalt geführt. Diese Einsparungen haben aber die Ausgabensteigerungen aufgefangen. Die seit 2002 bestehende Lücke zwischen jährlichen Ausgaben und jährlichen Einnahmen konnte nur zum Teil geschlossen werden. Der formale Haushaltsausgleich der Jahre 2013 und 2014 ist einer Gesetzeslücke bei der Doppikeinführung geschuldet und überdeckt die Tatsache, dass die Stadt weiterhin mehr ausgibt, als sie einnimmt. Die Lücke wird im Gegenteil 2014 wieder deutlich wachsen (2012 5,2 Mio. €, 2014 38 Mio. €) Hätten die nominalen Ausgabensteigerungen in diesen Jahren auf dem Niveau der Inflation gelegen, hätten die Sparbemühungen der Stadt die jährlich wiederkehrende Deckungslücke nicht schließen, aber um etwa ein Drittel verkleinern können. Anders gesagt: Die Stadt Halle gibt für die Aufgabenerfüllung im Umfang und auf den Standards des Jahres 2002 im Jahr 2014 real (inflationbereinigt) etwa 20% weniger aus als im Jahr 2002. Neue, neugeregelte Aufgaben und wachsende Volumen bzw. steigende Standards bei der Aufgabenerfüllung (z.B. Kosten der Unterkunft für Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach SGB II, Hilfen zur Erziehung, Bildungspaket) lassen die Ausgaben der Stadt an bestimmten Stellen schneller steigen als Einsparbemühungen an anderer Stelle dies kompensieren könnten.

Die SPD-Fraktion hat vor diesem Hintergrund ihre Aufgabe nicht allein darin gesehen, bei den Entscheidungen zum städtischen Haushaltsplan für Ausgabendisziplin zu sorgen und dabei auch unpopuläre Entscheidungen mitzutragen. Wir haben immer auch darum gekämpft, dass das Land die Einnahmeschwäche der Stadt, die das Land durch seine Verweigerung einer Gebietsreform in der Hauptsache verantwortet, über den Finanzausgleich kompensiert. Die Reform des Finanzausgleichs im Jahr 2012 war auch ein Erfolg der halleischen SPD und ihrer Ratsfraktion.

Wir haben in den Jahren 2009 bis 2014 darüber hinaus in den Beratungen zum Haushalt regelmäßig Kürzungen bei den Haushaltstiteln für die Bauunterhaltung von Spielplätzen, Baum- und Grünflächenpflege sowie Straßenunterhaltung im Gesamtvolumen von mehr als zwei Million Euro rückgängig gemacht. Dies geschah jeweils innerhalb des gesetzten Ausgaberahmens durch Kürzungen an anderen Stellen. Im Jahr 2011 gelang es uns, eine Erhöhung der im Landesvergleich deutlich zu niedrigen Aufwandsentschädigungen für Wehrleiter und Jugendwarte der Freiwilligen Feuerwehr durchzusetzen und für die Mehrausgabe auch eine Deckung zu finden.

Im Jahr 2013 hat der Rat auf Initiative auch der SPD-Fraktion einen massiven Aufwuchs von Führungsstellen im Stellenplan und damit einen sachlich nicht begründbaren Aufwuchs der Personalkosten um 500.000 Euro pro Jahr verhindert.

Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Die wichtigste Initiative der SPD-Fraktion in den Themenfeldern Soziales und Gesundheit war die Durchsetzung einer Übernahme der Kosten des Mittagessens in Kindertagesstätten, Grundschulen und den Klassen eins bis vier der Förderschulen. In langen Beratungen zwischen den Fraktionen gewannen wir die Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN für eine gemeinsame Initiative. Nach zwei Jahren und mehreren Anläufen haben wir am 28. September 2011 einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates erwirkt.

Durch die Einführung des Bildungspaketes hatte sich zwischen 2009 und 2011 die Rechtslage geändert. Mit dem Bildungspaket übernimmt das Jobcenter die Kosten der Mittagversorgung von Kindern auf Bedarfsgemeinschaften nach SGB II und die Stadt für Kinder in Familien, die Leistungen nach SGB XII (Sozialhilfe) und Asylbewerberleistungsgesetz empfangen bis auf einen Eigenanteil vom einem Euro. Für die Übernahme dieses Eigenanteils haben wir einen Beschluss erreicht und hatten für 2012 auch einen Deckungsvorschlag, der die Gesamtausgaben der Stadt nicht erhöht hätte.

Die Kommunalaufsicht hat den Beschluss mit Verweis auf die Haushaltsnotlage dennoch kassiert. Solange die Stadt keinen echten Haushaltsausgleich erreicht, besteht keine Aussicht darauf, eine kommunalaufsichtliche Genehmigung für das kostenlose Mittagessen für bedürftige Kinder zu erreichen. Aus dieser Gruppe nehmen in den Grundschulen nur etwa 50% der Kinder am Essen teil. Bei den Kindern von Eltern mit mittleren und hohen Einkommen sind es mehr als 75%. So bleiben noch immer mehrere tausend Kinder an jedem Tag ohne warme Mahlzeit. Unser Ziel muss es daher bleiben, zu erreichen, dass bedürftige Kinder in Halle mittags kostenlos eine warme Mahlzeit erhalten.

Stadtentwicklung und Umwelt

Die Entscheidungen zur Stadtentwicklung in den vergangenen fünf Jahren waren von vier Bedingungen gekennzeichnet. Wachsender Investitionsstau bei der städtischen Infrastruktur vor dem Hintergrund mangelnder städtischer Investitionskraft, eine Konzentration auf die Innenstadt und eine wachsende Dringlichkeit bei der Rettung von Einzeldenkmälern und zunehmende Konflikte im Umfeld größerer Bauprojekte.

Gemeinsam mit anderen Fraktionen haben wir einen Beschluss zur Einführung einer Roten Liste wichtiger, vom Verfall bedrohter Denkmäler durchgesetzt. Diese Liste dient seit 2011 als Instrument der Prioritätensetzung bei der Vergabe von Fördermitteln für Gebäudesicherung und Denkmalsanierung.

Mit dem neuen Einzelhandels- und Zentrenkonzept hat die Stadt sich ein planungsrechtliches Instrument gegeben, das den Schwerpunkt deutlich auf die Innenstadt legt und die zu niedrige Kaufkraftbindung der Stadt (Wie viel gemessen am verfügbaren Einkommen der Einwohner wird in Halle ausgegeben.) zu steigern. Die Initiative für die Überarbeitung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts. Für das planungsrechtlich definierte Hauptzentrum Innenstadt haben wir gegen Widerstände im Stadtrat durchgesetzt, dass die Zentrenzone auf das Gebiet des haleschen Altstadt kern (Marktplatz, untere Leipziger Straße, Schmeerstraße/Rannische Straße, Große Ulrichstraße, alter Markt, Hallmarkt) festgelegt wird und nicht entlang der Leipziger Straße bis zum Riebeckplatz. Diese Festlegungen folgen den Analysen der beauftragten Planer und den Wünschen der Innenstadthändler.

Kleingärten sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Stadtökologie und zugleich nahegelegene Freizeitmöglichkeit für mehr als 30.000 Hallenserinnen und Hallenser. Die Kleingartenlandschaft Halles steht vor dramatischen Veränderungen im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel. Etwa ein Drittel der vorhandenen 13.000 Parzellen werden in den kommenden 20 Jahren nicht mehr belegt werden können. Für uns gilt es, das Kleingartenwesen auf hohem Niveau zu erhalten, Planungssicherheit für die Vereine zu schaffen, den notwendigen Wandel, der auch den Wegfall ganzer Anlagen beinhalten kann, gemeinsam mit den Kleingärtnerinnen und Kleingärtnern zu organisieren und all dies auf die Erfordernisse der Stadtentwicklung insgesamt abzustimmen. Das kann nicht in Einzelentscheidungen geschehen. Daher haben wir seit 2009 darauf gedrängt, eine Kleingartenkonzeption zu verabschieden. An dem 2013 erfolgten Beschluss haben im Dialog mit vielen einzelnen Betroffenen und dem Stadtverband der Gartenfreunde Halle (Saale) e.V. mitgewirkt. Vor allem konnten wir dabei erreichen, dass eine Förderung für Investitionen in und an Kleingartenanlagen vorgesehen wird.

Die SPD-Fraktion hat sich in besonderer Weise für die Sicherung des Baumbestandes in Halle stark gemacht. In Halle-Neustadt erreicht in diesen Jahren ein Großteil der in den 60er und 70er Jahren gepflanzten Pappeln das Ende ihrer Lebensdauer. Hier gilt es, die Finanzierung der umfangreichen Ersatzpflanzungen zu sichern, die in den kommenden Jahren stattfinden müssen, wenn der Baumbestand nicht dauerhaft vermindert werden soll. Um den Baumbestand im gesamten Stadtgebiet in den kommenden Jahren im gegenwärtigen Umfang zu erhalten müssen jährlich etwa 800.000 € in Ersatzpflanzungen investiert werden.

Zudem gilt es, die Finanzierung der Baumpflege schrittweise auf ein Niveau zu bringen, das eine angemessene Baumpflege ermöglicht. Seit Jahren ist dieser Haushaltsansatz deutlich unterfinanziert. Wir konnten nicht erreichen, dass der Stadtrat sich auf eine feste Summe an Investitionen für die Jahre ab 2014 festlegt, aber immerhin eine Mehrheit für einen Antrag der Fraktion finden, die Verwaltung mit der finanziellen Untersetzung einer Sicherung des Baumbestandes zu beauftragen.

Die Debatten um die Bauvorhaben „Pauluspark“ und „Heideschlößchen“ zeigen, dass das Bedürfnis nach frühzeitiger Bürgerbeteiligung bei solchen Vorhaben wächst. Der Stadtrat gerät hier in das Spannungsfeld von Eigentümerrechten und Anwohnerinteressen.

Verkehr

Nicht alles, was wir uns 2009 im Wahlprogramm vorgenommen hatten, konnte bis jetzt umgesetzt werden. Die Haupterschließungsstraße Ost wird verspätet fertig. Die Probleme bei der Planung, die schwierige Entscheidung zum genauen Verlauf der Trasse und der Gestaltung der Querung der Berliner Straße und der Bahn sowie der Anbindung an die B 100 verzögerten die Herstellung des Baurechts und die Antragstellung für die Landesförderung. Der Bau wird voraussichtlich 2016 vollendet sein.

Die Haupterschließungsstraße Ost ist das entscheidende Vorhaben zur verkehrlichen Entlastung der Innenstadt. Sie würde die Kernstadt von Verkehr, vor allem von LKW-Verkehr und dessen Folgen – vor allem von Feinstaub – entlasten und wäre der wichtigste Baustein für eine Umsetzung der Vorschriften zur Luftreinhaltung in weiten Teilen der Stadt. Zugleich erschließt sie nach Fertigstellung die Gewerbegebiete Halle-Ost, für dessen Infrastrukturverbesserungen 2012 und 2013 18 Millionen € ausgegeben wurden, davon 90% aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Förderung der Regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW). Wir haben Druck gemacht und erheblich dazu beigetragen, dass nach zähen Beratungen der Planungsbeschluss im Stadtrat gefasst wurde. Ebenso erfolgreich war letztlich unser Einsatz für einen Fördersatz von 80% der Gesamtkosten des 4. Bauabschnitts. Das Land hat drei Bauabschnitte mit 80% gefördert. Ein Verzicht auf diesen Fördersatz hätte wahrscheinlich bedeutet, dass die Anbindung an die B 100 nicht würde gebaut werden können. Dann wäre mit einer Kreuzung zur Berliner Straße Schluss und die Haupterschließungsstraße Ost könnte ihre Funktion nicht voll erfüllen. Es ist gelungen, auch hier eine für Halle befriedigende Lösung zu erreichen. Das Land übernimmt 80% der Summe der geplanten Ausgaben.

Beim Beschluss des Wahlprogramms war noch nicht abzusehen, dass der Bund mit dem „Stadtbahnprogramm“ ein großes Förderpaket zur Beschleunigung des Nahverkehrs auflegt. Mit Mitteln aus diesem Programm wurden bzw. werden bereits jetzt in der Großen Ulrichstraße und der Torstraße Straße und Schiene erneuert. Der Rannische Platz, Böllberger Weg, der Platz Am Steintor, die Dessauer Straße, der Südstadtring und die Vezpremer Straße werden folgen. Für den Gimritzer Damm, und die Merseburger Straße sind die Fördermittelantrag auf dem Weg. Wenn alle Vorhaben gefördert werden, kann die Stadt insgesamt mehr 200 Mio. € investieren.

Mit der Erneuerung von Straßen und Schienenwegen geht die Erneuerung von Fuß- und Radwegen sowie der unter den betreffenden Straßen verlaufenden Leitungswege einher. Zugleich werden die am Rannischen Platz und am Steintorplatz zeitgemäße Verkehrslösungen geschaffen.

Die SPD-Fraktion hat das Stadtbahnprogramm von Beginn an als einzigartige Chance für die Stadt wahrgenommen und sich für einen schnellen Beschluss der Förderanträge und Bauplanungen und für Planungen starkgemacht, die auch Aussicht auf Förderung haben. Dazu gehörten auch schmerzhaft Abwägungen wie die zwischen Denkmalschutz und Förderbedingungen im Fall der alten Weingärtenschule im Böllberger Weg 188.

In vielen Einzelfragen haben Hinweise, Anträge oder Anfragen unserer Fraktion neue Abwägungen ausgelöst und zu Verbesserungen geführt. So haben wir immer wieder auf die mangelnde Einhaltung des Durchfahrtsverbot durch die Große Steinstraße und die Große Steinstraße hingewiesen und schließlich erreicht, dass Stadtverwaltung und Polizei sich des massiven Problems bewusst wurden und so verstärkte Kontrollen dort bewirkt. In ähnlicher Weise ist unsere aktuelle Anfrage zur Verkehrssituation am August-Bebel-Platz für die Stadtverwaltung Ausgangspunkt darüber nachzudenken, wie der Verkehr an diesem Platz insbesondere für Fahrradfahrer und Fußgänger leichter gemacht werden, auch wenn in den kommenden Jahren kein Geld für einen grundlegenden Umbau zur Verfügung steht.

Kultur

Am Beginn der Wahlperiode stand mit Neubau der Theaterwerkstätten der neu gegründeten Theater, Oper- und Orchester Halle GmbH (TOO) ein Erfolg, auf den alle Beteiligten lange hingearbeitet hatten. In den folgenden Jahren war der Umbau der TOO auf die 2011 abgeschlossenen Theater- und Orchesterverträge hin eine schwierige und fordernde Aufgabe. In diesem Zusammenhang musste 2011 auch die der Große Saal des Thalia-Theaters als Spielstätte aufgegeben werden. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, die Sparte Kinder- und Jugendtheater in der TOO zu erhalten und dass sich mit dem Puschkinhaus ein ganz neues Haus der Kultur in Halle entwickelt hat.

Die Kürzungen des Landes ab 2015 stellen die TOO jetzt wieder vor die Aufgabe, Qualität und Breite des Angebots bei knapper werdenden Ressourcen zu verteidigen. Es muss in der Kürzungsdebatte allerdings darauf hingewiesen werden, dass sich hinter dem gleich bleibenden Zuschuss an die Gesellschaft und den ebenso gleich gebliebenen Landeszuweisungen de facto Kürzungen verbargen, weil die unvermeidlichen Kostensteigerungen vor allem im Personalbereich durch Einsparungen in der Gesellschaft erwirtschaftet werden mussten. Diese Einsparungen liegen über die vergangen acht Jahre gerechnet höher als die aktuellen Kürzungen.

Mit dem bevorstehenden Beschluss der Kulturpolitischen Leitlinien steht auch ein fast anderthalb Jahrzehnte altes Projekt der sozialdemokratischen Kommunalpolitik vor dem Abschluss. Die Fraktion und der Arbeitskreis Kultur haben auch am jüngsten Entwurf der Leitlinien intensiv mitgearbeitet.

Sport

Die Eröffnung des Erdgas-Sportparks ist ein großer Erfolg für die Stadt. Er ist vor allem einer sozialdemokratischen Oberbürgermeisterin und zu einem nicht kleinen Teil der SPD-Fraktion zu verdanken. Wir waren die einzige Fraktion im Stadtrat, die sich ohne Wenn und Aber zu diesem Vorhaben bekannt und dafür gekämpft hat.

Mit dem Erdgas-Sportpark, der Ballsporthalle und dem Neubau der Robert-Koch-Schwimmhalle stehen dem Leistungssport Bedingungen zur Verfügung, um die uns viele andere Großstädte beneiden. Es besteht die Chance, dass der Neubau der Eissporthalle, einer weiteren Sportart eine großartige, neue Sportstätte zur Verfügung steht. Das darf nicht über die Herausforderungen hinwegtäuschen, vor denen der organisierte Sport in Halle steht.

Der SSB hat diese Fragen in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Sportprogramms von 2011 beschrieben: „Wie soll es der gemeinnützige Vereinssport schaffen, den Entwicklungsrückstand zu den Vereinen in den alten Ländern zu überwinden? Wie können die Vereine stark genug werden, um bei rückläufiger öffentlicher Unterstützung das sportkulturelle Niveau zu halten und im Wege der vereinsinternen Solidarität defizitäre Bereiche weiter aus eigener Kraft zu finanzieren (sozial, schwache, Kinder und Jugendliche, Leistungssport u.a.)?“

Wie können es die Vereine schaffen, ihr Angebot an die Nachfrage einer älter werdenden Bevölkerung anzupassen? Wie sollen es die Vereine schaffen, den Betrieb der übernommenen Sportstätten weiter zu finanzieren?“

Der Entwurf des Sportprogramms geht an diesen Fragen vorbei. Wir haben bei den Beratungen zum ersten Entwurf 2011 und zum zweiten Entwurf in diesem Jahr intensiv versucht, einen problemorientierten, handlungsleitenden Beschluss zu erreichen und in diesem Zusammenhang gefordert gemeinwohlfördernde Kriterien für die zukünftige Sportförderung und Vergabe von Sportstätten zu erarbeiten, die die Verzerrungen innerhalb der Sportförderung beenden und die Förderung an einen gesellschaftlichen Mehrwert binden, auch die Vergabe von Sportstätten an gemeinnützige Sportvereine und -verbände zukünftig an diese Kriterien und an die Mitgliedschaft der Vereine im Stadtsportbund oder Landessportbund binden, eine Perspektive für den Leistungssports mit dem Ziel vorzulegen, eine Konzentration der Förderung im Leistungssportbereich auf weniger Sportarten unter Berücksichtigung des Bestandes an entsprechender Sportinfrastruktur zu erreichen. Dies wird seit 1999 immer wieder beraten. Eine realistische Investitionsplanung für Sportstätten vorzulegen, die mit der mittelfristigen Finanzplanung abgestimmt ist. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Die Beschlussfassung wird noch in der ablaufenden Wahlperiode erfolgen.

Wirtschaft und Beschäftigung

Halle ist auf einem guten Weg sich als Stadt der Bildung-, Wissenschaft und wissenschaftsnahen Wirtschaft zu etablieren. Die Entwicklung des Weinberg Campus spricht hier eine deutliche Sprache. Auch wenn beim MMZ in Sachen Hochwasserschutz und Wirtschaftlichkeit des Gebäudes dringender Handlungsbedarf besteht, ist eine erfreuliche Entwicklung der Medienwirtschaft in Halle zu konstatieren, die sich mit mehr als 5.000 Arbeitsplätzen zu einer stabilen Säule der städtischen Wirtschaft entwickelt hat, der Wirtschaftszweig mit dem größten Wachstumspotential in der Stadt ist und zu der wir uns klar bekennen.

Dennoch bleibt festzuhalten: Der Industriebesatz in unserer Stadt ist weit unterdurchschnittlich. Wir brauchen auch weiterhin Ansiedlungen des verarbeitenden Gewerbes und müssen dafür Flächen bereitstellen. Die SPD-Fraktion hat die Entwicklung des Star Park vom Ankauf des Geländes in den 90er Jahren an vorangetrieben.

Trotz einer aufstrebenden wirtschaftlichen Entwicklung hat Halle dauerhaft hohe Arbeitslosenraten. Dahinter stehen in vielen Fällen Menschen, die seit langer Zeit ohne Arbeit sind und nicht mehr ohne weiteres auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Unter den knapp 13.000 Arbeitslosen in Halle Ende 2013 waren mehr 10.000 Menschen langzeitarbeitslos. Für diese Menschen braucht Halle einen stabilen Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung. Das Auslaufen des Modellprojekts Bürgerarbeit reißt hier eine Lücke, die durch andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht geschlossen werden kann. Mit dem Ende der Bürgerarbeit fallen 1.000 Stellen weg, für es keine Kompensation gibt. Das Jobcenter plant im Gegenteil eine Absenkung der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung von 918 Stellen 2013 auf 637 Stellen im Jahr 2014. In der kommenden Wahlperiode wird es Aufgabe der Kommunalpolitik sein, Druck auf den Bund auszuüben, um zu einer aktiven Beschäftigungspolitik zurückzukehren.

Der Bericht über die Aktivitäten der SPD-Fraktion müsste um Kapitel über unsere Arbeit in den Bereichen Integration, Gleichstellung und Schulentwicklung ergänzt werden. Es sei hier nur kurz darauf hingewiesen, dass die SPD-Fraktion mit immer neuen Initiativen für Schritte zu einer besseren Integration von Menschen mit Migrationshintergrund hingewirkt hat, die Bildung der Gemeinschaftsschule an der Kastanienallee nicht unwesentlich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu verdanken ist und wir wesentlich daran mitgewirkt haben, dass die Stadt noch in der ablaufenden Wahlperiode einen Gleichstellungsaktion verabschiedet und dieser Plan auch wirksame Maßnahmen enthält.

Die SPD-Fraktion hat nicht darauf abgezielt, eine möglichst hohe Anzahl von Anträgen und Anfragen zu stellen, bzw. Anregungen zu geben. Wenn wir Fragen mit einem Anruf klären konnten, haben wir das getan.